

**Geschäftsführung
Ausschuss für Kunst und
Kultur/Museumsneubauten**

Ansprechpartner: Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657
Fax: (0221) 221-24141
E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 14.08.2009

Niederschrift

über die **3. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten** im Jahr 2009
am Dienstag, dem 28.04.2009, 16:09 Uhr bis 21:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-
Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Blum	CDU	
Frau Teresa Elisa De Bellis-Olinger	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	in Vertretung für Frau De Bellis-Olinger
Frau Anke Brunn	SPD	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	in Vertretung für Frau Heuer
Herr Peter Sörries	Grüne	
Frau Bürgermeisterin Angela Spizig	Grüne	

Sachkundige Bürger

Herr Dr. Ulrich Wackerhagen FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Wolfgang Hornemann	pro Köln
Herr Wolfgang Breuer	Die Linke.Köln
Frau Petra May	Einzelmandatsträgerin
Herr Dr. Martin Müser	KBB

**Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der
Hauptsatzung**

Herr Joseph Fink	auf Vorschlag der CDU
Frau Maria Spering	auf Vorschlag der Grünen
Frau Friederike van Duiven	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lorenz Deutsch	auf Vorschlag der FDP
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gert Klehn
Frau Ute Palm

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürger/innen

Herr Reinhard Heinemann
Herr Dr. Helmut Fußbroich

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Dezernat für Kunst und Kultur

Schriftführer

Herr Uwe Freitag

Dezernat für Kunst und Kultur

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ulrike Heuer

SPD

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Karin Reinhardt

auf Vorschlag der CDU

Frau Jeane von Oppenheim

auf Vorschlag der CDU

Frau Anna Dünnebier

auf Vorschlag der SPD

Herr Franz Irsfeld

auf Vorschlag der SPD

Frau Kathrin Luz

auf Vorschlag der SPD

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Veronica Oommen

WIK

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürger/innen

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Unter TOP 6.2 liegt eine Anfrage von Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Denkmalschutz Sidelgelände“ vor.

Zu TOP 8.3 „Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln“ liegt das Beratungsergebnis des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vor.

Außerdem kündigt er zu TOP 12.8 und TOP 12.9 zwei mündliche Mitteilungen der Verwaltung betreffend „Tanzhaus“ und „Konjunkturprogramm II“ an.

Im nichtöffentlichen Teil liegt unter TOP 21.2 die Mitteilung „Neubau Historisches Archiv, Information über den Sachstand“ ebenfalls als Tischvorlage vor.

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 4.1 „Vorstellung des Spielplans des Gürzenich-Orchesters Köln 2009/2010“ zu Beginn der Sitzung zu behandeln, damit Generalmusikdirektor Stenz rechtzeitig zu den Proben seines Orchesters zurückkehren könne.

Außerdem schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 19.1 und 21.1 gemeinsam zu behandeln, da beide Punkte die „Bewilligung von Projektkostenzuschüssen und ihre verwaltungsmäßige Abwicklung beim Kulturamt“ betreffen, da es sich um zwei Aspekte zum gleichen Thema handele.

Er weist darauf hin, dass eigentlich unter TOP 4.2 der „Städtebauliche Masterplan der Innenstadt Köln“ vorgesehen gewesen sei, der wegen der Fülle der heutigen Tagesordnung, von der Verwaltung zurückgezogen worden sei. Dieser Punkt werde in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Herr von Rautenstrauch bittet darum, dass künftig ein Sachstandsbericht betreffend des Neubaus des Kulturzentrums am Neumarkt als Tagesordnungspunkt aufgenommen werde.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitgliedes

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Sachstandsberichte

2.1 Historisches Archiv

2.2 Archäologische Zone

2.3 Sachstand Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum
Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zuge-
setzt.

3 Kulturentwicklungsplan

4 Schwerpunktthemen

4.1 Vorstellung des Spielplans des Gürzenich-Orchesters Köln 2009/2010

4.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln
Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

4.3 Jahresbericht 2008 des NS Dokumentationszentrums
Mündlicher Bericht von Herrn Dr. Jung

5 Denkmalpflege

6 Schriftliche Anfragen

6.1. Anfrage von Petra May (Einzelmandatsträgerin) betreffend "Zusammenarbeit des Wallraf-Richartz-Museum mit dem Museumsdienst"
AN/0609/2009

6.2. Anfrage von Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend "Denkmalschutz Sidelgelände"
AN/0747/2009

7 Schriftliche Anträge

8 Allgemeine Vorlagen

8.1 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
0258/2009

8.2 Überplanmäßige investive Auszahlung im Teilfinanzplan 0405 - Kulturförderung, Teilplanzeile 9 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen hier: Beschaffung eines neuen Bibliotheksmanagementsystems für die Stadtbibliothek
0636/2009

8.3 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
0652/2009

- 8.4 Haus der Kulturen der Welt
hier: Mittelfreigabe
1155/2009
- 8.5 Einsatz von Volontären/innen bei den Museen der Stadt Köln
0771/2009
- 8.6 Ankauf einer Steinskulptur für das Museum für Ostasiatische Kunst
1398/2009
- 8.7 Kölnischer Kunstverein e. V.
hier: Abschluss einer Zielvereinbarung für 2009
1379/2009

9 Sonderausstellungen

- 9.1 Sonderausstellung " Isa Genzken: Sesam, öffne dich" vom 15. August 2009 bis 15. November 2009 im Museum Ludwig
0645/2009
- 9.2 Sonderausstellung im Kölnischen Stadtmuseum "Zwiesprache"
1069/2009
- 9.3 Sonderausstellung "Sigmar Polke" vom 03. Juli 2009 bis 27. September 2009 im Museum Ludwig
1253/2009
- 9.4 Sonderausstellung "Sammlung Ludwig: Altamerika"
1380/2009
- 9.5 Sonderausstellung Afropolis:Stadt-Medien-Kunst
1312/2009

10 Annahme von Schenkungen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Dokumentation der 2. Arbeitsmarktkonferenz Medien und Kultur
1298/2009
- 12.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12. 2008
1522/2009
- 12.3 Projekte 2010
1371/2009
- 12.4 Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen der Stadt Köln
0681/2009
- 12.5 Abweichungen von § 8 Nr. 1 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln und Mittelverwendung Musikfabrik
1383/2009
- 12.6 Aktuelle Aktivitäten und Pläne der StadtBibliothek Köln
1341/2009
- 12.7 Einrichtung einer Künstlerresidenz in Istanbul für Bildende Künstlerinnen und Künstler sowie Literaten
1666/2009
- 12.8 Mündliche Mitteilung der Verwaltung betreffend "Tanzhaus"
- 12.9 Mündliche Mitteilung der Verwaltung betreffend "Konjunkturprogramm II"

13 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

15 Schwerpunktthemen

16 Denkmalpflege

17 Schriftliche Anfragen

18 Schriftliche Anträge

19 Allgemeine Vorlagen

19.1 Prüfung "Bewilligung von Projektkostenzuschüssen und ihre verwaltungsmäßige Abwicklung bei 41 - Kulturamt"
1436/2009

19.2 Wirtschaftliche Situation des Theaters der Keller e. V.
1475/2009

20 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

20.1 Rautenstrauch-Joest-Museum - Kulturzentrum am Neumarkt (KAN)
1154/2009

21 Mitteilungen der Verwaltung

21.1 Prüfung "Bewilligung von Projektkostenzuschüssen und ihre verwaltungsmäßige Abwicklung bei 41 - Kulturamt" (Vorlage-Nr. 4991/2008)
1439/2009

21.2 Neubau Historisches Archiv, Information über den Sachstand
1779/2009

22 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitgliedes

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper verpflichtet die sachkundige Bürgerin Frau Anke Brunn als stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Sachstandsberichte

2.1 Historisches Archiv

Beigeordneter Prof. Quander berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über den aktuellen Sachstand des Historischen Archivs und erläutert hierzu, dass die erste Kulturausschusssitzung nach der Katastrophe vom 3. März 2009 bereits eine Woche später, am 10.03.2009 stattgefunden habe. Zu diesem Zeitpunkt stand die Sorge um die Vermissten im Vordergrund und alle Betroffenen, Anwohner, Mitarbeiter und Alle, denen das Ausmaß der Katastrophe langsam bewusst wurde, standen noch unter dem Schock des fürchterlichen Ereignisses.

Man sei damals noch nicht in der Lage gewesen, ein funktionierendes Krisenmanagement vorzustellen und vor allem noch nicht Wege aus der Krise. Dies werde heute mit dieser Präsentation umfassend nachgeholt, um den Ausschuss zu informieren. Unmittelbar nach dem Unglück habe die Berufsfeuerwehr eine technische Einsatzleitung vor Ort eingerichtet. Gegen 16 Uhr habe man den Krisenstab alarmiert, der bis zum 14.03.09 täglich unter der Leitung des Stadtdirektors tagte und dieses Großschadensereignis zu bewältigen versuchte.

Noch am Abend des Unglückstages begannen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs, die zum großen Teil mit knapper Not dem Tod entronnen waren, trotz dieses traumatischen Erlebnisses bereits mit der Bergung wertvoller Kulturgüter. Ab dem 15.03.09 übernahm der „Koordinierungsstab Unglücksstelle Waidmarkt“ unter der Leitung des Oberbürgermeisters die Funktion des Krisenstabes.

Die Einsatzstelle an der Severinstraße bleibe in Abstimmung mit dem Innenministerium bis zum Ende der Bergung weiterhin in der Zuständigkeit der Feuerwehr, der auch die Federführung bei der Bergung des Kulturgutes übertragen worden sei.

Die wichtigste Aufgabe für das Kulturdezernat und das Historische Archiv war, die geborgenen Archivalien zu sichern und einer Erstversorgung zuzuführen und hierfür die erforderlichen Räume und Personalkapazitäten bereitzustellen. Auch mussten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs, die in Sekunden ihren Arbeitsplatz und alles, was sich darin befand, verloren hatten, schnell neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch galt es, wieder eine Kommunikation zu ermöglichen, die völlig zusammengebrochen war, zusätzliches Personal zu beschaffen, um der Aufgaben Herr zu werden, die vielfältigen Hilfsangebote zu sichten und in einen Helfereinsatzplan zu bringen, täglich bis zu 130 Helfer zu organisieren, unterzubringen und zu bewirten, sowie Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter und Helfer umzusetzen.

Zur Koordination dieser Aufgaben habe er eine Leitstelle eingerichtet, der Mitarbeiter des Kulturdezernates sowie die gesamte Führungsmannschaft des Historischen Archivs angehören. Diese habe sofort die Entwicklung von Organisationsstrukturen für notwendige Übergangslösungen und die nun noch dringlicher gewordene Neubauplanung aufgenommen.

Einer Empfehlung des Landes NRW folgend habe man sofort eine Arbeitsgruppe „Fachliche Beratung und Betreuung“ einberufen, die aus Vertretern der Landschaftsverbände und des Landesarchivs sowie der Fachhochschule Köln bestehe. Diese Fachleute seien und sind in vielen Angelegenheiten wichtige Berater und unterstützen tatkräftig die Bergung und Rettung der Archivalien. Auch Ihnen gelte ein besonderer Dank.

Dies seien im Einzelnen: Herr A. Nabrings, LVR, Herr J. Kistenich, LAV NRW, Herr M. Stumpf, LWL, Herr Jens Metzdorf, Stadtarchiv Neuss, ARGE der Stadtarchive, Herr Dr. Soénius, RWWA und Herr Prof. Fuchs, FH Köln (Vertreter Herr Jacek, FH Köln) Vor allem in den ersten Tagen seien für alle zu treffenden Maßnahmen schnelle und unbürokratische Entscheidungen gefragt gewesen. Daher habe man neben der Leitstelle VII/44 gleichzeitig eine Arbeitsgemeinschaft aller zentralen Fachämter eingerichtet, die tatkräftig bei der Personal- und Materialbeschaffung, der technischen Ausstattung, Abwicklung von Finanzierungs- und Vergabefragen, der Unterbringung von Helfern u. v. m. geholfen habe.

Dies waren im Einzelnen folgende Dienststellen der Stadt Köln (außer VII und 44):

- 10 Organisationsberatung
- 1000 Zentrale Dienste
- 11 Personalamt
- 12 Amt für Informationsverarbeitung (DV)
- 14 Rechnungsprüfungsamt
- 20 Kämmerei
- 21 Kassen- und Steueramt
- 26 Gebäudewirtschaft
- 27 Vergabeamt
- 30 Rechtsamt

ÖPR VII

Beigeordneter Prof. Quander berichtet weiter, dass die Kolleginnen und Kollegen des Historischen Archivs, von der ersten Stunde an, ohne Rücksicht auf Ihre Gesundheit und die eigenen Familien, unter Verzicht auf Freizeit und Erholungsphasen, unermüdlich und aufopferungsvoll für die Bergung und Sicherung der Archivalien und kostbaren Kulturgüter gekämpft haben und dies nun schon seit 8 Wochen tun. Am 03.03. seien alle um 14 Uhr voller Angst aus dem einstürzenden Gebäude gerannt. Erst nach einer Stunde sei klar gewesen, dass alle es geschafft haben. Um 16 Uhr habe man bis auf Wenige alle nach Hause geschickt, um diese am Abend wieder anzurufen, dass sie bitte zur Unglücksstelle kommen sollen, um den Keller und das Erdgeschoss auszuräumen. Viele haben dies getan, obwohl sie nur wenige Stunden zuvor lebend aus dem Gebäude gekommen seien.

Diesem Einsatz, der - trotz des traumatischen Erlebnisses und des Schocks, den dieses Ereignis zweifelsohne hinterlassen habe – Tag für Tag geleistet werde, gelte besonderer Dank und Anerkennung!

Daneben durfte man eine überwältigende Hilfsbereitschaft aus dem In- und Ausland erfahren, die die Stadt erst in die Lage versetzt habe, den täglichen Personalbedarf von 100 – 130 Mitarbeitern tatsächlich zu realisieren.

Auch der Bund und das Land NRW habe Hilfe angeboten und auch das Präsidium des Deutschen Städtetages habe mit seinem Appell vom 24.03.2009 für weitere Hilfsangebote gesorgt.

Stellvertretend für all die Anderen, die sich uneigennützig als Helfer zur Verfügung gestellt haben, aber nicht alle einzeln aufgezählt werden können, gelte ein herzlicher Dank!

Die praktische Arbeit geschehe in folgenden Schritten:

Die unmittelbare Einsatzstelle an der Severinstraße bleibe bis zum Ende der Bergung weiterhin in der Zuständigkeit der Feuerwehr. Hier sei in Kürze mit einem Schnitt zu rechnen, wenn der Grundwasserspiegel erreicht wird.

Die Feuerwehr benötige kompetente Ansprechpartner des Historischen Archivs, die hinsichtlich der größtmöglichen Sorgfalt bei der Bergung der Bestände beratend zur Seite stehen, die Bergung begleiten und unmittelbar erste Entscheidungen für zu treffende Sicherheitsmaßnahmen und eine evt. notwendige Notfallversorgung Sorge tragen. Kurzfristige Änderungen im Personaleinsatz, Transporte u.w.m. gelte es zu regeln. Auch hier beraten die Experten der FH Köln und des LAV.

Geborgenen Bestände werden von den Mitarbeitern/innen des Archivs und den eingesetzten Helfern/innen entgegengenommen und sofort nach Nass, feucht und trocken sortiert. Nasse Funde müsse man sofort einpacken und in Kühlhäuser transportieren, wo man sie einfriere. Die anderen Funde bringt man in Kartons in das Erstversorgungszentrum nach Porz-Lind. Im Erstversorgungszentrum erfasse und sortiere man sofort die angelieferten Funde. Feuchte Papiere packt man in Mull und bringt sie in einen Trocknungsraum. Die anderen Funde säubere man vom Staub und verpackt sie in Kartons, damit sie abtransportiert werden können. Der Schutt, der an der Unglücksstelle abgefahren wird, wird in eine gesonderte Lagerhalle nach Porz-Urbach transportiert, wo er von Mitarbeitern von Zeitarbeitsfirmen nach Papierresten durchsucht werde, die in Sammelcontainern anschließend nach Porz-Lind gebracht werden. Auch hier werde noch persönliches Hab und Gut aus den eingestürzten Privatgebäuden aussortiert und den Eigentümern zur Verfügung gestellt.

Das im EVZ behandelte und verpackte Archivgut werde auf Magazinflächen im Umland von Köln und darüber hinaus verteilt. Es werde ein weiterer Kraftakt werden, diese Bestände später zu sichten und anschließend wieder geordnet zusammen zu führen.

Bisher konnten deutlich mehr Archivalien und Nachlässe gerettet werden als ursprünglich befürchtet. Mit den geretteten ca. 100.000 Karten und Plänen der Plansammlung und den ebenfalls gesicherten großformatigen Urkunden seien inzwischen 23 Regalkilometer (von ursprünglich 30) geborgen worden, teilweise in erstaunlich gutem Zustand.

Man gehe davon aus, dass man am Ende der Bergung wegen der weniger kompakteren Lagerungsmöglichkeit 34 – 35 Regalkilometer für die Bestände des Archivs rechnen müsse. Dies bestätige das Archiv in der Überzeugung, den Neubau auf Basis der ursprünglichen Planungsgrößen anzugehen.

Neben der Bergung und Sicherung der Archivalien und der anfangs bereits erwähnten Helfereinsatzplanung, die über 1800 Hilfsangebote aus dem In- und Ausland zu bewältigen hatte, stand der Mitarbeiter- und Helferschutz im Focus der folgenden Wochen. Den ersten, mit der Berufsfeuerwehr abgestimmten Schutzmaßnahmen, die auch vom LANUV als ausreichend angesehen worden sei, folgten bei späteren Begehungen der zuständigen Behörden weitere Auflagen, die die vor Ort Verantwortlichen immer wieder vor große Herausforderungen stellten, da diese den schnellen Ablauf der Maßnahmen zur Rettung der Archivalien gewährleisten mussten.

Den Mitarbeitern/innen des Archivs, die teilweise noch unter Schock oder traumatisiert ihre Arbeit wieder aufnehmen, sei von Beginn an psychologische Betreuung angeboten worden.

Bei bekannten Vorerkrankungen seien Gesundheits-Checks angefordert worden.

Man habe physiotherapeutische Anwendungen ermöglicht und – neben der Gewährleistung von Schadensersatz bei nachgewiesenen Verlusten – einen Unkostenbeitrag in Höhe von 100 € für verschmutzte Kleidung gezahlt.

Die Bewältigung der mannigfaltigen Aufgabenstellung sei ohne eine personelle Aufstockung nicht möglich gewesen, die teilweise mit befristeten Abordnungen realisiert worden sei.

Erst nach über 4 Wochen standen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Historischen Archivs wieder Büroräume zur Verfügung, die mit Computer und normale Arbeitsmaterialien ausgestattet waren. Ein wichtiges Signal für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, endlich wieder eine „Heimat“ zu haben.

Besonders wichtig sei der Kulturverwaltung, die Nachlassgeber und Depositare zu informieren. Nach dem Einsturz des Historischen Archivs konnten die Mitarbeiter allerdings einige Wochen auf keinerlei Unterlagen und Dateien zugreifen. Es war daher praktisch unmöglich, die Betroffenen namentlich einzuladen oder auch nur in einem Anschreiben auf die möglicherweise erlittenen Verluste anzusprechen. Höchstwahrscheinlich weisen die jetzt aufgefundenen Unterlagen immer noch erhebliche Lücken auf. Darüber hinaus kann die Kulturverwaltung auch nach wie vor keine verbindlichen Auskünfte insbesondere zur Vollständigkeit der bisher geborgenen Archivalien geben. Die Eigenart des Einsturzablaufs habe dafür gesorgt, dass viele Konvolute auch im Wortsinne auseinandergerissen worden seien.

Auf einem Empfang am 11.05.09 im Rathaus, werde Oberbürgermeister Schramma, unterstützt von Dr. Schmidt-Czaia, Direktorin des Historischen Archivs, Herrn Neuhoff, Leiter der Berufsfeuerwehr Köln, und Frau Herx, Leiterin des Rechts- und Versicherungsamtes, die Leihgeber über den Stand der Bergungsarbeiten, der zukünftigen Aufarbeitung und Restaurierung der Fundstücke, deren künftige Unterbringung und die rechtliche und versicherungsrechtliche Situation informieren.

Nach dem Empfang bestehe die Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen auch mit weiteren Mitarbeitern des Historischen Archivs, unter anderem mit Dr. Gisela Fleckenstein, der Abteilungsleiterin für Nachlässe und Sammlungen.

Neben den Maßnahmen des unmittelbaren Krisenmanagements gelte aber auch, den Blick wieder nach vorne zu richten und Wege aus der Krise zu finden.

Eine dieser Aufgaben sei die Neubeschreibung der Aufgabenstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Historischen Archivs. Aufgaben, die zumindest vorübergehend weggefallen seien, stehen völlig neue Aufgabenstellungen gegenüber, die innerhalb des Amtes einer klaren Organisation und Zuweisung auf die einzelnen Stellen bedürfen. Für bestimmte Aufgaben seien ggf. neue Verfahren zu entwickeln bzw. entwickeln zu lassen. Die Verwaltung sei in entsprechenden Gesprächen u.a. mit dem Fraunhofer Institut, aber auch mit der städtischen Informationsverarbeitung. Das Historische Archiv will so schnell wie möglich seine gesetzlichen Aufgaben wieder aufnehmen.

Die im Vorjahr bereits fertig erstellten Unterlagen über Raumbedarf, Bau- und Klimatisierungsstandards des Historischen Archivs wurden u.a. mit den Ergebnissen des Kolloquiums im Februar 2009 überarbeitet und werden zurzeit mit den Planungen und Erfordernissen der Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv zusammengeführt. An den grundsätzlichen Kriterien für eine Neubauplanung hat sich ansonsten nichts geändert. Die vom Rat beauftragte weitere Suche nach möglichen Standorten erfolgte in Form einer Maklerumfrage und mittels einer Presseveröffentlichung. 15 Objekte wurden benannt. 3 Objekte erfüllen grundsätzlich die Anforderungen hinsichtlich der Lage im Stadtgebiet und des Flächenpotenzials. Es handelt sich allerdings um reine Büroimmobilien und nicht um Objekte, die als Archiv errichtet worden sind. Ob sie bedarfsgerecht umgebaut werden könnten und die Eigentümer dazu

auch bereit sind, kann letztlich nur durch eine europaweite Ausschreibung des Archivstandortes ermittelt werden, wenn sich die Eigentümer daran beteiligen.

Die im Rat bereits diskutierten Standorte wurden einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Dabei habe man einen Flächenbedarf von 21.000 m² Nutzfläche (Büros, Magazine, Werkstätten, Kunst- u. Museumsbibliothek sowie Rhein. Bildarchiv) zu Grunde gelegt. Ausgehend von den positiv gewerteten Standortkriterien, die in der Gesamtschau eine Aussage zur Standortqualität erlauben, ergebe sich nach Auffassung der Verwaltung folgendes Standortranking: 1 Messe-City; 2 Waidmarkt 1-3; 3 Gereonshof; 4 Eifelwall. Die Ermittlung der Investitions- und Betriebskosten der Standorte 1, 2, 3 und 4 erfolge zurzeit. Der Standort Waidmarkt werde von der Verwaltung, wegen der Nähe zum Unglücksort und der auf absehbare Zeit unklaren Bodenverhältnisse in Verbindung mit der erforderlichen hohen Nutzlast durch ein Archiv, zumindest momentan als ungeeignet angesehen. Die Standorte Sachsenring und Antoniterkirche werden von der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ausgeklammert, da an diesen Standorten die benötigte Fläche für den Archivneubau nicht nachweisbar sei. Eine ausführliche Mitteilung hierzu liege als Tischvorlage für den nichtöffentlichen Teil vor.

Neben der Neubauplanung lasse die Verwaltung die erhaltenen und extern gelagerten Findbücher zurzeit einscannen und könne sie dann mit der ebenfalls erhaltenen Handbibliothek wieder zurückführen. Man plane bereits wieder Ausstellungen und erste Gespräche zur Übernahme weiterer Nachlässe haben stattgefunden.

Als Voraussetzung für eine provisorische Unterbringung des Historischen Archivs mit einem digitalen Lesesaal und die Einrichtung eines Restaurierungs- und Digitalisierungszentrums besichtigt die Verwaltung derzeit freie Gewerbeimmobilien und unterzieht diese einer qualifizierten Überprüfung, ob hierin eine fachgerechte Zwischenlagerung von Archivalien und der Betrieb einer Restaurierungswerkstatt für den Zeitraum bis zum Neubau des Archivs möglich ist. Die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck an diesen Plänen, um den Kölnerinnen und Kölnern und allen anderen Nutzern bis Ende des Jahres wieder einen provisorischen Archivbetrieb mit Lesesaal und Werkstatt zur Restaurierung der beschädigten Archivalien anbieten zu können.

Auch die bereits laufende Planung für ein Digitales Langzeitarchiv werde fortgesetzt. Die Verwaltung arbeite derzeit an einem Finanzierungsplan, der möglichst alle Finanzbedarfe umfassen soll, um dann mit Bund und dem Land NRW über Beteiligungen zu sprechen. Von Bund und Land, aber auch von der Kulturstiftung der Länder oder der DFG u.w.m. lägen bereits grundsätzliche oder auch schon sehr konkrete Hilfsangebote vor. Erste Gespräche mit Staatssekretär Grosse-Brockhoff – unter anderem zum Thema Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum - haben bereits stattgefunden; das nächste Gespräch ist am 06.05.09 geplant. Ein externer Gutachter werde alle Planungen für die anstehenden Maßnahmen begleiten und berate die Verwaltung bei der Umsetzung.

Das Land werde in Kooperation mit der Stadt Köln am 24.06.2009 ein Expertenhearing in Köln veranstalten, welches sich insbesondere mit der besseren Sicherung von Archivgut befassen werde.

Die Stadt Köln plane darüber hinaus ein jährliches Kolloquium zu Archiv- und Restaurierungsfragen, in welches die Erkenntnisse der nächsten Jahre bei der Aufarbeitung der Katastrophe einfließen können. Außerdem will das Archiv an der bereits erteilten Zusage festhalten, den Deutschen Archivtag im Jahr 2012 in Köln zu veranstalten. Man stehe vor großen Herausforderungen und sei daher für jede politische Unterstützung dankbar.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bedankt sich für den umfassenden Bericht und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Historischen Archivs und allen Helferinnen und Helfern, auch außerhalb der Stadt Köln, für ihre großartige Arbeit.

Er fragt, warum die Frage zu den Standorten im nichtöffentlichen Teil behandelt werde.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert hierzu, dass es eine Reihe neuer Standorte gebe, die über eine Maklerabfrage zustande gekommen seien, welche nicht aussage, was die Besitzer der Immobilien mit diesen Standorten planen. Er gehe davon aus, dass dies nicht zwischen den Besitzern und den Maklern abgestimmt sei. Deshalb sei man zu dem Ergebnis gekommen, die Mitteilung im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Dr. Wackerhagen fragt, ob es die Möglichkeit gebe, den Kölner Bürgerinnen und Bürgern einige wenige exemplarische Urkunden und Archivalien, die gerettet wurden, zu zeigen, um darzustellen, welche Reichtümer das Historische Archiv aus den letzten Jahrhunderten verwahrt habe.

RM Sörries stellt dar, das an ihn herangetragen worden sei, dass freiwillige Helfer unterschreiben müssen, dass sie über alle gesundheitlichen Risiken im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit informiert worden seien und nichts von ihrer Tätigkeit nach Außen dringen dürfe. Er fragt, ob diese Darstellung richtig sei.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes regt an, dass man im Historischen Rathaus eine Veranstaltung organisiere, wo der Vortrag von Prof. Quander ein Bestandteil sein sollte und man unter anderem die Bergungsarbeiten den Bürgerinnen und Bürgern, den Sponsoren und den Helfern präsentieren könne. Sie bittet die Verwaltung, dies zu prüfen.

Frau Brunn hält es für wichtig, dass die große Bereitschaft der Hilfe eine positive Resonanz in der Stadt finden müsse. Sie fragt, was an dem bisherigen Standort des Historischen Archivs geschehen soll und ob es dort zum Beispiel einen Gedenkort geben werde.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper stellt nach dem Vortrag von Prof. Quander fest, dass die Schlagzeile der Presse „Das Gedächtnis der Stadt sei verlorengegangen“ so nicht mehr stimme und dies sei sehr positiv. Er sei der Meinung, dass alle diesbezüglichen Mitteilungen, die den Ausschuss bisher erreicht haben, sehr hoffnungsvoll gewesen seien, da einige wichtige Dinge gerettet werden konnten.

Die Leiterin des Historischen Archivs Schmidt-Czaia berichtet, dass man bisher 23 Regalkilometer in sehr unterschiedlichem Zustand geborgen habe. Dies reiche von total fragmentiertem Pergamentpapieren bis zu völlig erhaltenen Dokumenten. Man gehe davon aus, dass das fragmentierte Archivgut im Laufe der Zeit rekonstruiert werden könne. Es werde allerdings Jahrzehnte dauern, bis man einen Restaurierungsstand haben werde, wo dies alles der Benutzung zugeführt werden könne. Außerdem werde überlegt, wie man sehr schnell die Mikrofilme des Hauses digitalisieren könne, um sie dem wissenschaftlichen Publikum wieder anzubieten.

Sie antwortet auf die von RM Sörries gestellte Frage, dass große Teile in den Archiven noch datenschutzgesichert seien und somit der Öffentlichkeit nicht vorgelegt werden dürfen. Es müsse gewährleistet sein, dass solche Informationen die Bergungsstelle nicht verlassen.

Beigeordneter Prof. Quander nimmt Stellung zu den einzelnen Fragen und stellt dar, dass die vom Vorsitzenden Prof. Dr. Lemper erwähnte Überschrift in der Presse nicht von der Verwaltung ausgegeben worden sei, aber dennoch eine gute Schlagzeile war, die recht hilfreich gewesen sei. Im Wesentlichen sei es beim Gedächtnis so, dass es nicht aus schriftlichen Zeugnissen bestehe. Das Archiv hingegen habe die dokumentierte Überprüfung der Erinnerungen. Er unterstreicht die Aussage der Leiterin des Historischen Archivs Schmidt-Czaia, dass man in der Beruhigung darüber, dass Großteile der historischen Überlieferung der Stadt Köln und darüber hinaus gerettet werden konnten, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. Es werde sicherlich eine Generation von Archivaren und Restauratoren dauern, bis dieses Material wieder in einem solchen Zustand sei, dass es benutzbar sei.

Zu der Frage von Herrn Dr. Wackerhagen antwortet er, dass man bereits darüber nachgedacht habe, geborgene Archivalien der Bevölkerung zu zeigen. Dies sei zunächst noch nicht realisierbar, zumal die besonders kostbaren Stücke sehr lichtscheu seien und nicht über einen längeren Zeitraum der Öffentlichkeit im Original gezeigt werden können. Allerdings werde man etwas in dieser Richtung unternehmen. Momentan sei es so, dass man sich primär um die Bergung des Archivgutes kümmere. Er weist darauf hin, dass vor dem Einsturz zwei Ausstellungen geplant gewesen seien, die auch stattfinden werden. Hierbei handele es sich um die Ausstellung „Rheinischen Wehemütter“, die im Institut für Geschichte der Medizin gezeigt werde. Die zweite Ausstellung betreffe das Thema Stapelrecht der Stadt Köln, die am 14. Mai im Rathaus eröffnet werde.

Die Leiterin des Historischen Archivs Schmidt-Czaia, weist ergänzend darauf hin, dass eine Archivalien-Ausstellung in den Sommermonaten mit Original-Archivgut im Rathaus leider nicht möglich sei, weil man die Temperaturen nicht halten könne und der Lichteinfall nicht zu steuern sei. Es könne über einen Termin im Winter nachgedacht werden, aber auch dann nur sehr befristet.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wackerhagen erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass geprüft werden müsse, ob Ausstellungen in den Museen eventuell eher möglich seien.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper schlägt vor, dass die Möglichkeit geschaffen werde, einiges von dem geborgenen Archivgut der Öffentlichkeit zu zeigen.

Beigeordneter Prof. Quander fährt in seinen Erläuterungen zu den einzelnen Fragen fort, dass für die große Bereitschaft der Helfer ein Fest geplant sei. Er stellt dar, dass die Mitarbeiter nicht unterschreiben müssen, dass sie auf die Gesundheitsgefährdung hingewiesen werden, sondern eingewiesen worden seien, in die Sicherheit, die sie vor gesundheitlichen Schädigungen schütze.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Wackerhagen erläutert er, dass man die Weltöffentlichkeit durch eine offensive Pressearbeit informiere.

2.2 Archäologische Zone

Beigeordneter Prof. Quander berichtet einleitend, dass man am 16. März 2009 durch das Bauministerium NRW den vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn für

die Teilmaßnahme Grabung 2009 bis 2012 genehmigt bekommen habe. Dieser Teilmaßnahme liegen Kosten in Höhe von 1,3 Mio. EUR für die eigentlichen Grabungen und 200.000 EUR für technische Kosten und Sicherheitsmaßnahmen zu Grunde. Unmittelbar nach der vorzeitigen Genehmigung des Maßnahmenbeginns habe der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte mit den Ausgrabungen auf der südlichen Fläche des Rathausplatzes begonnen

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte erläutert den aktuellen Sachstand anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag.

Auf Anfrage von Herrn Deutsch stellt der Leiter der Archäologischen Zone, Dr. Schütte dar, dass entgegen der Prognosen alte Substanzen entdeckt worden seien, die zu neuen Problemen führen würden. Das Gewölbe sei bereits während des 2. Weltkrieges eingestürzt. Es wurde mit den Architekten diskutiert, ob es sich nicht lohne dies zu rekonstruieren, da es ein monumentaler Raum von 16 m Länge, 8 m Breite und fast 600 ccm Rauminhalt sei. Bei den entdeckten Schriftzeugnissen handele es sich um hebräische Schriftzeichen.

RM Möller fragt, ob man den vorgegeben Zeitplan für die Grabungen einhalten könne.

Der Leiter der Archäologischen Zone, Dr. Schütte antwortet hierzu, dass es bei der Architektenplanung bleibe, im Sommer die Grabungen abzuschließen.

Der Leiter des Fachreferates Herr Stumm ergänzt, man beabsichtige im Unterausschuss Museumsneubauten die Tendenz des Entwurfes mit der Politik abzustimmen. Ziel sei nach wie vor, einen Beschluss des Rates über die Weiterplanung, oder gar einen Baubeschluss im September herbeizuführen.

RM Dr. Elster fragt, ob die Aussage des Leiters der Archäologischen Zone, Dr. Schütte, dass die Stadt Barcelona vor vergleichbaren Herausforderungen stehe, näher präzisiert werden könne.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte erklärt, dass es sich hierbei um den Plaza del Rei handele. Dies sei eine 4000 qm große Archäologische Zone, mit vielen ähnlichen Dingen. Es gebe den Königspalast, eine Kontinuität von römischen und mittelalterlichen Bauten, die auf mehreren Ebenen vorhanden seien. Es bestehe dort das gleiche Problem z.B. mit Klima und Licht wie in Köln. Man habe deshalb eine sehr enge Kooperation vereinbart, um diese und andere Probleme zu lösen.

RM Sörries weist darauf hin, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen betreffend der Finanzierung des jüdischen Museums gebe, und fragt, wer für die Kosten aufkomme bzw. sich daran beteilige.

Hierzu erläutert der Leiter des Fachreferates Herr Stumm, dass die Stiftung, die Träger des Hauses werden soll, noch nicht gegründet worden sei. Der Verein wurde gebeten, entsprechend dem Ratsbeschluss, wonach die Stadt Köln die Planungskosten für das jüdische Museum vorfinanziere, einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Rückzahlungsverpflichtung in diesem Haushaltsjahr sicherstelle. Dies sei bisher nicht ge-

schehen. Man überlege zurzeit mit der Kämmerei, dem Oberbürgermeister und dem Baudezernenten, wie man mit dieser Situation umgehe.

RM Möller weist auf einen Artikel im Kölner Stadt-Anzeiger hin, wo sehr widersprüchlich dargestellt worden sei, dass der Verein nicht in der Lage wäre die anstehenden Kosten zu tragen, sondern es um Missverständnisse gehe, die man noch ausräumen müsse. Außerdem fragt sie, ob alle beantragten Zuschüsse bewilligt worden seien.

Der Leiter des Fachreferates Herr Stumm kann die im Kölner Stadt-Anzeiger genannten Daten nicht bestätigen und betont erneut, dass der Vertrag bisher nicht unterschrieben wurde.

Er weist darauf hin, dass man die Zuschüsse erst anhand des Entwurfs beantragen könne. Mit der Bezirksregierung sei verabredet, bis zum 1. August 2009 diesen Antrag zu stellen. Auch die Grabungskosten seien noch nicht bezuschusst aber Bestandteil der Archäologischen Zone. Dies sei vom Ministerium akzeptiert worden. Die 1,5 Mio. für die Grabungskosten müsse man zu den Baukosten als förderfähige Kosten hinzurechnen.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper kommt noch einmal auf die Kosten des jüdischen Museums zurück und fragt nach, ob es daran liege, dass formal die Stiftung noch nicht gegründet worden sei, da die Gründung der Stiftung die Voraussetzung und die Möglichkeit schaffe, dies zu finanzieren, oder liege es daran, dass es gar nicht finanziert werden könne. Er weist darauf hin, dass es hier zu Fehlinterpretationen kommen könne.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass man momentan versuche zu klären, woran es liege. Bislang gebe es die Aussage, dass der Vertrag nicht unterschrieben werden könne, da die Stiftung noch nicht gegründet worden sei. Allerdings gebe es noch den Verein, der theoretisch ebenso den Vertrag unterzeichnen könne, um die Kosten erstattung zu garantieren, denn um etwas anderes ginge es momentan nicht. Man werde versuchen, dies zeitnah zu klären. Sollte der Ratsbeschluss nicht eingelöst werden können, müsse sich der Rat mit der Thematik neu befassen.

Frau Brunn berichtet, dass sie mit dem Vorsitzenden des Vereins gesprochen habe und er ihr klar gesagt habe, dass die Stiftung in Gründung sei und vom Bundesverband der deutschen Stiftung gut beraten werde. Sie berichtet aus eigener Erfahrung, dass die Gründung einer Stiftung sehr zeitaufwendig sei, weil sehr viele Formalitäten zu gewährleisten seien. Die zu gründende Stiftung wäre schlecht beraten, wenn sie vor der Gründung diesen Vertrag unterzeichnen würde und stattdessen der Verein die Finanzierungszusagen geben würde, weil dies rechtliche und finanzielle Nachteile bringen würde. Insofern sehe sie momentan an dem Stand der Informationen keine Probleme. Sie macht deutlich, dass die SPD-Fraktion dies als eines der wichtigsten Projekte dieser Stadt sehe. Es handele sich um ein Projekt mit europäischem Format und da sollte man zusehen, dass es gut zustande komme.

RM Blum gibt zu bedenken, dass man sich Gedanken machen müsse, was passiere, wenn das Projekt sich verzögere und die Fertigstellung der Archäologischen Zone gefährdet sei. Es müsse einen Plan B geben, wie man unter anderem architektonisch damit umgehe.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte weist darauf hin, dass es einen Ratsbeschluss gebe, der alternativ einen Schutzbau für die Archäologie vorsehe.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bittet ausdrücklich darum, zeitnah darzustellen, wann man mit der Gründung der Stiftung rechnen könne, um Irritationen zu vermeiden. Es sei denn, man komme zu der Überzeugung, dass es nicht zu finanzieren sei. Daran glaube er allerdings nicht.

Auf Anfrage von RM Dr. Müser macht der Beigeordnete Prof. Quander noch einmal deutlich, dass es keinen Baubeschluss gebe, allerdings einen Planungsbeschluss, den der Rat beschlossen habe. In diesem Planungsbeschluss sei festgelegt worden, dass der Verein sich sowohl an den Wettbewerbskosten, als auch an den Planungskosten, entsprechend dem Anteil des Hauses der jüdischen Kultur, beteilige müsse. Es seien bereits 2008 erhebliche Kosten seitens der Stadt Köln angefallen und man sei, gemäß dem Ratsbeschluss, in Vorlage getreten. Er führt weiter aus, dass man nun ein haushaltsrechtliches Problem habe. Deshalb habe die Kämmerei darauf gedrängt, dass dieser Vertrag bis Ende März unterzeichnet werden müsse, weil das Haushaltsjahr 2008 abgeschlossen sei und man somit eine nichtgenehmigte Ausgabe im Haushalt haben würde.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass das Thema Projektkoordinator noch nicht angesprochen worden sei.

Beigeordnete Prof. Quander berichtet, dass es am 17. Februar 2009 ein VOF-Verhandlungsverfahren gegeben habe, an dem die Regionale Agentur, das Ministerium Bauen und Verkehr und die Stadt Köln beteiligt waren und einvernehmlich das Büro DU Diederichs aus Wuppertal als Projektkoordinator für die Archäologische Zone ausgewählt worden sei. Ein entsprechender Vertragsentwurf sei inzwischen ausgearbeitet und werde in einem Spitzengespräch mit Oberbürgermeister Schramma und Minister Lienenkemper abgestimmt. Es sei eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012 vorgesehen und das Ministerium habe bereits schriftlich zugesagt, dass die Kosten für den Projektkoordinator übernommen werden.

2.3 Sachstand Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum

Herr von Rautenstrauch beklagt, dass man längere Zeit über den Sachstand des Neubaus nicht informiert worden sei. Es seien verschiedene Termine bezüglich der Übernahme des Neubaus genannt worden. Im Herbst des vergangenen Jahres habe man im Unterausschuss Museumsneubauten Transparente, die an der Nordseite der Cäcilienstraße angebracht werden sollen, vorgestellt bekommen. Damit sei sowohl der Unterausschuss, als auch der Kulturausschuss einverstanden gewesen. Das was jetzt von den Architekten vorgesehen sei, würde dem nicht entsprechen. Die Namen der Museen müssen deutlich erkennbar sein. Ferner kritisiert er, dass noch nicht mit der Einrichtung der Museen begonnen werden konnte, weil einige Ämter der Stadt Köln scheinbar diesen Fortschritt verhindern.

Der Leiter des Fachreferates Herr Stumm berichtet, dass es in der vergangenen Woche ein Gespräch zwischen den Beigeordneten Streitberger und Prof. Quander zu der Fülle von Problemen gegeben habe, die sich derzeit auftun. Hierbei sei das größte Problem der Generalunternehmer, der mit Behinderungsanzeigen und Nachträgen arbeite. Dies führe immer wieder zu erheblichem Schriftverkehr und juristischen Überprüfungen und behindere die Fertigstellung. Die Arbeitsgemeinschaft habe einge-

räumt, dass viele Bereiche mangelhaft ausgeführt worden seien und nachgebessert werden müssen. Es sei nicht richtig, dass die Innenarbeiten noch nicht begonnen haben. Ein Teil der Ausstellungsbauten laufe bereits. Tatsache sei allerdings auch, dass es durch den parallelen Bau des Gebäudes und dem Innenausbau zu Schwierigkeiten käme.

Er bestätigt die Aussage von Herrn von Rautenstrauch bezüglich der Namensbeschilderung und berichtet, dass die Architekten angewiesen worden seien, diese so anzubringen, wie es zwischen den Nutzern einvernehmlich abgestimmt worden sei. Im Übrigen sei dies mit der Zustimmung des Architektenbüros geschehen und im Unterausschuss Museumsneubauten so besprochen worden.

Museumsleiter Prof. Dr. Schneider ergänzt, dass die Innenausbauten nicht stattfinden, da die Firma damit beschäftigt sei, Nachforderungsschreiben zu verfassen. Außerdem sei die Abnahme der Räume noch nicht erfolgt. Er weist darauf hin, dass sich die Architekten Alleingänge erlauben, ohne Absprache mit den Nutzern oder eine Information an die Gebäudewirtschaft. Man befinde sich inzwischen in einer Situation, in der man für geplante Ausstellungen oder andere Dinge die Verantwortung nicht mehr tragen könne.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Prof. Dr. Lemper weist Beigeordneter Prof. Quander darauf hin, dass das Kulturdezernat der Bauherr sei.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes zeigt auf, dass die Bauleitung nicht bei der Stadt Köln liege, sondern an den Generalunternehmer abgegeben worden sei. Dies sei ein Fehler gewesen und sollte bei dem nächsten Bau eines Museums nicht wieder passieren. Außerdem berichtet sie, dass es immer wieder zum Baustillstand käme. Die Büroräume jenseits der Glaswand könne man noch nicht zur Nutzung freigeben. Projektleiter seien abgezogen worden, sodass bestimmte Dinge nicht vorangetrieben werden können. In Anbetracht dieser Problemlage bittet sie darum, den Unterausschuss Museumsneubauten bereits Ende Mai abzuhalten.

Herr Dr. Wackerhagen schlägt vor, ein Anwaltsbüro, welches sich mit Architektenrecht gut auskenne und darin Erfahrung habe, in der Sache zu beauftragen. Außerdem weist er darauf hin, dass Vorbereitungen getroffen werden, die großen Hinweistafeln an gleicher Stelle wieder anzubringen, obwohl darum gebeten wurde, sie an anderer Stelle aufzustellen und sie wesentlich kleiner zu gestalten. Er kritisiert, dass die nun verlegten Platten nicht vom Unterausschuss gemustert worden seien.

RM Sörries stellt dar, dass eine nichtfunktionierende Bauleitung auch abgesetzt werden könne.

Frau Brunn bittet darum, dies alles im Unterausschuss Museumsneubauten zu klären und dem Ausschuss Kunst und Kultur zu berichten, wie es ggf. organisatorisch geändert werde. Am Ende müsse das Projekt so dastehen, wie es in Auftrag gegeben wurde. Der Bauherr müsse beraten und seine Empfehlungen erteilen. Notfalls müsse man entsprechende Beschlüsse herbeiführen.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss die Beauftragung der Architekten beschlossen habe und ebenso deren Übernahme der Bauleitung. Dies sei allerdings vor seiner Amtszeit geschehen. Er stellt dar, dass man aus dem Vertragsverhältnis nicht ohne Weiteres herauskomme. Selbstverständlich seien Anwälte eingeschaltet worden.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper macht noch einmal deutlich, dass der Bauherr die Stadt Köln bzw. das Kulturdezernat sei und entscheide, was gemacht werde. Die Bauleitung sei der Ausführende, der die Umsetzung des Baus beaufsichtige. Die Aufgabe des Bauherrn sei durch die Entscheidung des Rates definiert. Es sei ärgerlich, dass etwas beschlossen werde, dies aber nicht entsprechend umgesetzt werde.

Der Leiter des Fachreferates Herr Stumm berichtet, dass Bürgermeisterin Scho-Antwerpes reklamiert habe, dass der Plattenbelag jetzt anders verlegt würde, als es vom Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel im letzten Ausschuss Kunst und Kultur dargestellt worden sei. Vor dem Museum komme die Kölner Platte hin, hier sei allerdings nach wie vor noch nichts verlegt worden. Die Platten, die zwischen dem Museum und der Volkshochschule verlegt wurden, habe sich der Unterausschuss am 12. November 2007 angesehen und gemustert. Insofern sei der Zustand so, wie ihn der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel dargestellt habe.

Er sagt ergänzend aus, dass inzwischen Herr Prof. Körsmeier durch den Baudezernenten Streitberger beauftragt wurde, das Gesamtkonzept für das Kulturquartier zu erarbeiten.

Betreffend der Variotafeln gebe es einen Beschluss des Verkehrsausschusses, der dem Wunsch des Unterausschusses Opernquartier letztendlich nicht gefolgt sei. Er berichtet, dass die Tafel verkleinert werde und das Parkleitsystem integriert werde. Es werde wohl keinen anderen Standort geben.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes weist darauf hin, dass dem Wunsch des Unterausschusses Museumsneubauten erneut nachgegangen werde und der Standort der Variotafeln noch einmal geprüft werde.

Herr Dr. Wackerhagen fragt, welche Kompetenz der Projektsteuerer der Gebäudewirtschaft habe.

Der Leiter des Fachreferates Herr Stumm erklärt, dass der Projektsteuerer bzw. die Gebäudewirtschaft der Dienstleister des Bauherrn sei, um die Arbeiten der bauleitenden Architekten und des Generalunternehmers zu kontrollieren.

Er verweist auf die Aussage von Herrn Sörries und bestätigt, dass man rein rechtlich die Bauleitung absetzen könne. Allerdings gibt er zu bedenken, dass niemand weiterbauen würde und außerdem neu ausgeschrieben werden müsse. Dadurch würde es sicher noch länger dauern und mehr Kosten verursachen.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bittet darum, dass bei solchen Themen künftig ein Vertreter der Gebäudewirtschaft anwesend sein müsse.

RM Dr. Müser fragt, ob der Projektsteuerer seine Aufgabe nicht richtig erfüllt habe, nachdem festgestellt wurde, dass die Bauleitung nicht in der Lage sei, den Bau termingerecht fertig zu stellen. Warum sei hier nicht gegengesteuert worden.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper schlägt vor, dies und alle anderen Probleme zu diesem Thema im Unterausschuss Museumsneubauten zu behandeln.

Er merkt außerdem an, dass man in Köln zweieinhalb Jahre kein Völkerkundemuseum habe, wenn Mitte des Jahres 2010 das neue Haus endlich eröffnet werde. Es müsse dafür gesorgt werden, dass alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit möglichst schnell das neue Museum eröffnet werden könne.

3 Kulturentwicklungsplan

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass zwischenzeitlich ein Workshop mit den Kulturpolitikern der Fraktionen und der Verwaltung stattgefunden habe, welcher von der Verwaltung sehr gut vorbereitet worden sei. In diesem Workshop habe man festgelegt, dass man in jedem Falle noch in dieser Wahlperiode im Rat den Kulturentwicklungsplan verabschiede. Er möchte, dass daran festgehalten wird, weil sonst die Gefahr eines erneuten langen Diskussionsprozesses in der nächsten Wahlperiode entstehen würde. Er schlägt vor, zunächst einen Konsens im Bereich des Möglichen herzustellen und über das Verfahren zu diskutieren.

Frau Brunn würde es bedauern, wenn es nicht gelinge bis zum Ende der Legislaturperiode einen Beschluss zu fassen. Sie plädiert dafür, dass die Verwaltung anhand der geführten Debatten die Vorschläge der Fraktionen, überarbeite und zur nächsten Sitzung ein Ergebnis festgestellt werde, welches vom Rat beschlossen werden könne. Sie weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion im Januar ein Papier vorgelegt habe, wo bereits bestimmte Kriterien genannt wurden. Außerdem habe man in Diskussionen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits einen Konsens erzielt. Leider gab es keine Gelegenheit mit allen Fraktionen zu sprechen, aber dies könne man im Kulturausschuss nachholen. Sie stelle sich vor, dass die Kulturszene in Köln durch den Kulturentwicklungsplan eine neue Grundlage der Debatte erhalte. Es sei außerdem bemerkenswert, dass zum ersten Mal gewisse inhaltliche Vorschläge konkreter beschrieben worden seien, so habe es eine Qualität erreicht, die aus Sicht der SPD-Fraktion allerdings noch zu verbessern sei. Außerdem müsse gelten, diese auch festzulegen

Herr Dr. Wackerhagen schlägt vor, anhand der Ergebnisse des Workshops mit allen Fraktionen ein gemeinsames Papier zu erarbeiten.

Bürgermeisterin Spizig stellt dar, dass ihre Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Konsens gefunden habe, der von den anderen Fraktionen akzeptiert werden könne. Die Frage sei, inwieweit die konkreten Vorschläge umsetzbar seien. Das Ergebnis soll am gleichen Tag an die Verwaltung weitergeleitet werden. Höchste Relevanz sei hierbei, dass der Kulturentwicklungsplan und seine Maßnahmen bewirken müssen, dass Künstler und Kulturschaffende in Köln gebunden werden und zudem Künstler und Kulturschaffende nach Köln geholt werden. Ein anderer wichtiger Aspekt sei, dass die freie Kunst und die institutionalisierte Kunst gemeinsam gedacht werden. Es müsse ihres Erachtens noch geklärt werden, inwieweit man in die einzelnen Maßnahmen noch einsteigen wolle und inwiefern dies machbar und sinnvoll sei, weil es Ende des Sommers zu einem Beschluss kommen soll.

Frau Brunn vertritt die Auffassung, dass die Ergebnisse des Workshops, in dem es eine Reihe von Anregungen gegeben habe, und das entsprechende Protokoll des Workshops nicht passend sei, um es als ein Ergebnis eins zu eins für die Überarbeitung des Kulturentwicklungsplanes umzusetzen.

Ihre Fraktion schlägt vor, dass jede Fraktion ihre Meinung dazu äußere, was an Ergänzungen und inhaltlichen Positionen gewünscht sei. Die Verwaltung müsse anschließend beauftragt werden, die Bearbeitung auf dieser Basis vorzunehmen. Sie fände es sinnvoll, die Überarbeitung mit den kulturpolitischen Sprechern zu besprechen, bevor es in die entsprechende Beratungsfolge gegeben werde. Die Notwendig-

keit eines ständigen Arbeitskreises zur Begleitung des Kulturentwicklungsplanes, wie es Herr Dr. Wackerhagen vorgeschlagen habe, hält sie aus Gründen der Zeitökonomie für unmöglich.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Verwaltung ihren Teil zum Kulturentwicklungsplan erarbeitet und im Dezember vorgelegt habe. Es sei dabei ganz bewusst ein eher ungewohntes Verfahren gewählt worden, indem man einen Entwurf vorgelegt habe, der im Kulturausschuss in mehreren Lesungen behandelt werden solle. Das Ziel sei hierbei, zu einem politischen Konsens über die Inhalte dieses Kulturentwicklungsplanes zu kommen, um anschließend den Entwurf so umarbeiten zu können, dass er eine breite Einigkeit ermögliche. Um das leisten zu können, müsse man wissen, was gewollt sei. Das eigentliche Ziel des Workshops sei gewesen, mit einer politisch abgestimmten Stellungnahme weiterarbeiten zu können. Die CDU-Fraktion habe ein Papier erarbeitet, welches ihm in Umrissen bekannt sei. Das erarbeitete Ergebnis der SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei noch nicht bekannt, lediglich die Stellungnahme der SPD-Fraktion vom Januar. Den Standpunkt der FDP-Fraktion könne er seit dem Workshop einschätzen. Er bezweifelt, dass es der Verwaltung redaktionell gelinge eine Vorlage zu erstellen, wenn die Positionen zu weit kontrovers auseinander liegen. Wenn dem allerdings so sei, gebe es nur die Möglichkeit eine Vorlage vorzulegen, die dem ersten Entwurf relativ ähnlich sei und indem die politischen Anregungen aufgenommen würden, die seitens der Politik deckungsgleich seien. Danach bestehe für die Fraktionen die Möglichkeit Änderungsanträge zu stellen. Es sei denn, es gelinge tatsächlich sich in einem sachlichen Konsens auf gemeinsame Ziele zu verständigen. Dann wäre er gerne bereit, dies in eine Vorlage einzuarbeiten. Momentan sei er allerdings skeptisch, dass dies gelinge.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes erwartet, dass alle Fraktionen eine entsprechende Vorarbeit geleistet haben und daraus die Verwaltung eine Beschlussvorlage erstelle. Sie gehe davon aus, dass die Vorgaben seitens der Politik von der Verwaltung zusammenzutragen und eingearbeitet werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion ein umfassendes Dokument erstellt habe, welches der Verwaltung und den anderen Fraktionen zur Verfügung gestellt werde. Er hält es für richtig, dass es unterschiedliche Auffassungen gebe, die ausdiskutiert werden sollten. Dennoch gebe es sicherlich zwischen den Fraktionen Dinge, die sich vermitteln lassen. Seine Vorstellung wäre, dass die Bereiche, in denen es ein hohes Maß an Annäherung gebe, von der Verwaltung zusammengetragen werden könne. Er schlägt vor, dass die Fraktionen ihre erarbeiteten Papiere gegenseitig austauschen. Er unterstreicht, dass auf jeden Fall vor Ende der Legislaturperiode eine Entscheidung getroffen werden sollte.

Herr Dr. Müser hält das Verfahren stadtrechtlich für nicht vereinbar. Dies habe er im Übrigen dem Oberbürgermeister angezeigt. Er halte es für nicht rechtens, dass sich nur die stimmberechtigten Fraktionen bei einem Workshop der Verwaltung beraten lassen und die anderen Mitglieder des Ausschusses außen vor gelassen werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper entgegnet, dass niemand gehindert werde, Vorschläge zum Kulturentwicklungsplan einzubringen.

Bürgermeisterin Spizig geht davon aus, dass das Protokoll des Workshops allen Ausschussmitgliedern zugegangen sei. Sie regt an, dass die Verwaltung die Vorschläge

der freien Szene, des Kulturrates und des Kunstbeirates mit einarbeiten möge, weil es von dort bereits wichtige Anregungen zur Erstellung des Entwurfes für den Kulturentwicklungsplan gegeben habe.

Frau Brunn schlägt vor, dass die Fraktionen ihre erarbeiteten Papiere vorlegen. Sie denkt, dass auf dieser Basis und mit der Grundlage des Workshops ein Ergebnis vorgelegt werden könne. Es habe seitdem eine zeitliche Entwicklung gegeben und es müsse berücksichtigt werden, dass seit der Vorlage des Entwurfs noch keine Debatte stattgefunden habe, um bestimmte Themen noch stärker in den Vordergrund zu rücken. Sie erinnert daran, dass man gewollt habe, dass bestimmte Aufgaben, die zwar als Einzelmaßnahme genannt wurden, auch spartenübergreifend durchgeführt werden sollten. In diesem Zusammenhang nennt sie die Stichwörter kulturelle Bildung und Kulturmarketing. Das Thema Kreativwirtschaft könne ebenfalls stärker betont werden und spartenübergreifend behandelt werden, sowie die Fragen der regionalen Kooperation. Das Haus der Kulturen der Welt müsse noch deutlicher im Kulturentwicklungsplan hervorgehoben werden. Schließlich dürfe man nicht vergessen, dass in den letzten Wochen durch die Zerstörung des Historischen Archivs auch eine neue Priorität entstanden sei und das praktisch dieser Neuanfang eine zentrale Frage für den Kulturentwicklungsplan sein sollte. Sie vertritt die Ansicht, dass die Verwaltung die entsprechende Vorarbeit leisten müsse.

Sie betont erneut, dass sie eine ständige Arbeitsgruppe ablehne, sondern befürworte ein gemeinsames Gespräch, nachdem die Vorlage überarbeitet worden sei.

RM Sörries weist darauf hin, dass die von den einzelnen Fraktionen gesetzten Schwerpunkte möglicherweise anders gelagert seien. Er wolle jetzt nicht die einzelnen Maßnahmen beschließen, weil die Schwerpunkte sich gegenüber dem Entwurf der Verwaltung ändern werden. Womit sich ebenfalls die Schwerpunkte innerhalb der vorgeschlagenen Maßnahmen ändern. Ebenso die Priorität und der Zeithorizont. Der Kulturentwicklungsplan sei schließlich, wenn er beschlossen worden sei, ein fortlaufender Prozess und nicht statisch. Deshalb müsse man einen langen Zeitmaßnahmenkatalog mit einer entsprechenden Priorisierung anschließen. Er fragt sich, ob der Maßnahmenkatalog überhaupt generell mitbeschlossen werden soll, da er ja ebenfalls einem ständigen Wandel unterworfen sei, und ob er als permanenter Anhang beigefügt und sukzessive abgearbeitet werde. Dies müsse dann durch neue Vorlagen der Verwaltung für die einzelnen Maßnahmen geschehen und die Fraktionen könnten hierzu ggf. Änderungsanträge stellen.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bedauert, dass man fast nur über die Verfahrensweise diskutiert habe und weniger über die Inhalte des Kulturentwicklungsplans.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten ist sich einig, die Ergebnisse der Arbeitskreise aus den Fraktionen und des „Workshops-KEP“ an die Kulturverwaltung zur Erstellung einer Beschlussvorlage weiterzugeben, damit diese zur nächsten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten zur Beratung eingebracht und vor der Sommerpause dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

4 Schwerpunktthemen

4.1 Vorstellung des Spielplans des Gürzenich-Orchesters Köln 2009/2010

Unter Verweis auf die allen Mitgliedern des Ausschusses vorliegenden Informationsbroschüren präsentiert Gürzenich-Kapellmeister und Generalmusikdirektor Markus Stenz den neuen Spielplan 2009/2010 des Gürzenich-Orchesters.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Vorstellung des Spielplans. Er spricht seine Anerkennung aus und wünscht weiterhin viel Erfolg. In diesem Zusammenhang weist er auf einen Artikel in dem Magazin „Focus“ hin, in dem dargestellt werde, dass das Gürzenich-Orchester zu den zehn führenden Orchestern der Bundesrepublik gehöre. Dies sei mit Hilfe von Kritikerumfragen internationaler und nationaler Fachmagazine ermittelt worden und könne im Zusammenhang mit dem Kulturentwicklungsplan Veranlassung sein, Aussichten für das Gürzenich-Orchester, auch gegenüber dem Land NRW, zu schaffen.

Generalmusikdirektor Markus Stenz würde es begrüßen, diese Entwicklung zu unterstützen. Es freue ihn, dass in der Liste des „Focus“, das Gürzenich-Orchester direkt hinter den Münchner Philharmonikern agiere. Er würde es begrüßen, wenn durch den Kulturentwicklungsplan Perspektiven für das Gürzenich-Orchester geschaffen werden.

Herr Breuer fragt, ob die Eintrittspreise für die kommende Saison erhöht worden seien, ob es Vakanzen im Orchester gebe und wie die künstlerische Zusammenarbeit hinsichtlich eventueller Konzertdoppelungen zwischen dem WDR-Sinfonie-Orchester und der Intendanz der Philharmonie sich gestalte.

Behindertenbeauftragte Frau Palm weist darauf hin, dass die goldene Schriftfarbe des Programms sowohl auf schwarzem, als auch auf weißem Hintergrund für Sehbehinderte sehr schlecht lesbar sei.

Bürgermeisterin Spizig fragt, ob das Mittagsangebot an den Proben teilzunehmen weiterhin Bestand habe und in welchem Rhythmus es stattfinden werde.

Generalmusikdirektor Markus Stenz bejaht, dass das „Philharmonie-Lunch“ in der kommenden Spielzeit stattfinde. Dies werde insgesamt 13mal der Fall sein, wo zufällig jedes der Konzertprogramme donnerstags Vormittag geprobt werde. Er betont, dass die Eintrittspreise nicht erhöht worden seien. Zu der Frage, wie sich die Zusammenarbeit mit der Philharmonie und dem WDR gestalte, berichtet er, dass es eine klar verabredete logistische Teilung der Philharmonie gebe. Jedes Orchester habe für hundert Dienste innerhalb der Philharmonie das Zugriffsrecht und das Erstplanungsrecht. Dies sei miteinander verzahnt, so dass beide Orchester ein gutes Auskommen haben. Es gebe im Orchester immer wieder unbesetzte Stellen, die man nach einem Probe-spiel mit den besten Kräften versuche aufzufüllen.

Auf Anfrage von Frau Brunn erklärt Generalmusikdirektor Markus Stenz, dass es im Kunstsalon in Köln einen runden Tisch gab, an dem sich Musikvertreter aus NRW mit dem Kulturstaatssekretär ausgetauscht haben. Sein Eindruck sei ernüchternd gewesen, denn es sei wenig zu erkennen gewesen, dem Land Kontur geben zu wollen. Selbstverständlich habe NRW eine Vielfalt zu bieten und die Dichte der Orchester und Theater sei unerreichbar. Damit dies überregional erkennbar werde, müsse man Kräfte bündeln. Wenn es gelinge, das Gürzenich-Orchester künstlerisch aufzuwerten, werde man in der Stadt Köln die richtige Institution haben, um Köln gesamt voran zu bringen.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass es eine Expertenkommission zur Frage der Kulturlandschaft, die vom Ministerpräsidenten des Landes NRW einberufen wurde, gebe. Hier sei das Gürzenich-Orchester als Staatsorchester NRW ausgewählt worden und dies müsse forciert werden.

Herr Hornemann begrüßt das angekündigte Konzept für die 13 bis 17-jährigen Jugendlichen und fragt wie dies aufgebaut sei.

Laut Generalmusikdirektor Markus Stenz knüpft man mit diesem Improvisationsprojekt an das 20-jährige Philharmonie-Jubiläum an. Er habe in diesem Zusammenhang Freiwillige aus dem Orchester ausbilden lassen, um Workshops mit Jugendlichen abzuhalten.

Herr Breuer schlägt vor, die von Generalmusikdirektor Markus Stenz dargestellte Qualitätssteigerung des Gürzenich-Orchesters in den Kulturentwicklungsplan aufzunehmen.

Außerdem fragt er, warum es im Spielplan 2009/2010 keine Uraufführung gebe und wie es mit Kompositionsaufträgen des Orchesters aussehe.

Generalmusikdirektor Markus Stenz erläutert, dass man in der Tat keine Kompositionsaufträge für die vorliegende Spielzeit vergeben habe. Allerdings gebe es in der Spielzeit 2009/2010 mehr Stücke aus dem 21. Jahrhundert wie zuvor. Dies bedeute nicht, dass man künftig keine Uraufführungsaufträge vergeben wolle.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bedankt sich bei Generalmusikdirektor Markus Stenz und wünscht ihm im Namen des Ausschusses weiterhin viel Erfolg.

4.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen und wird in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

4.3 Jahresbericht 2008 des NS Dokumentationszentrums Mündlicher Bericht von Herrn Dr. Jung

Unter Verweis auf die allen Mitgliedern des Ausschusses vorliegende Informationsbroschüre stellt Dr. Jung den Jahresbericht 2008 des NS Dokumentationszentrums vor.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Dr. Jung für den Bericht. Er betont, dass das NS Dokumentationszentrum zur Familie der Kölner Museen gehöre und sich ganz hervorragend entwickelt habe.

Frau Brunn schließt sich dem an und hebt hervor, dass diese Erfolgsstory ganz wichtig für die Stadt sei.

5 Denkmalpflege

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer macht darauf aufmerksam, dass es beim Reiterdenkmal am Heumarkt erneut zu erheblichen statischen Problemen gekommen sei und sich damit die Rückkehr des Reiters samt Pferd verzögere. Sie werde den Ausschuss zeitnah informieren.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wackerwagen erklärt Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass die statischen Probleme durch einen Gutachter erneut manifestiert worden seien. Man habe eine neue Zeitvorgabe für den Herbst, welche allerdings gewisse Unwägbarkeiten aufweise.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage von Petra May (Einzelmandatsträgerin) betreffend "Zusammenarbeit des Wallraf-Richartz-Museum mit dem Museumsdienst" AN/0609/2009

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Beantwortung der Niederschrift beigelegt werde. (vgl. Anlage)

6.2 Anfrage von Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend "Denkmalschutz Sidolgelände" AN/0747/2009

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer antwortet mündlich, dass es bereits im letzten Jahr erste Kontakte gegeben habe. Ende März habe es, mit entsprechender Fristsetzung, ein erneutes Herantreten an den Eigentümer gegeben, der momentan die entsprechenden Maßnahmen zusammenstelle und diese mit der Verwaltung kurzfristig abstimme.

7 Schriftliche Anträge

8 Allgemeine Vorlagen

8.1 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 0258/2009

Beschluss:

Der Beschluss wird nach der Beratung formuliert.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

**8.2 Überplanmäßige investive Auszahlung im Teilfinanzplan 0405 - Kulturförderung, Teilplanzeile 9 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen hier: Beschaffung eines neuen Bibliotheksmanagementsystems für die Stadtbibliothek
0636/2009**

RM Sörries weist darauf hin, dass der Ausschuss Kunst und Kultur nur vorbehaltlich beschließen könne, da die Übertragung der Mittel nur der Finanzausschuss entscheiden könne.

Auf Nachfrage von RM Sörries antwortet die Leiterin der Stadtbibliothek Dr. Vogt, dass die Gelder in diesem Jahr nicht benötigt worden seien. Laut Aussage der Kämmererei werden die Mittel im nächsten Jahr für die geplante Erneuerung der Regenwasserpumpwerke erneut zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Beschaffung des Bibliotheksmanagementsystems mit Gesamtanschaffungskosten in Höhe von 380.851,17 Euro und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Zur Finanzierung beschließt er die Übertragung von im Haushaltsjahr 2008 nicht verausgabten investiven Haushaltsermächtigungen im Teilplan 0405 – Kulturförderung, Teilplanzeile 9 – Erwerb von beweglichem Anlagevermögen ins Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 170.000 Euro.

Er ist damit einverstanden, dass dieser Betrag, der ursprünglich für den Umbau der 2. und 3. Etage der Zentralbibliothek im Rahmen der Ermächtigungsübertragung 2007/2008 im Haushaltsjahr 2008 zusätzlich bereitgestellt wurde, im Haushaltsjahr 2009 für die Neuanschaffung des Bibliotheksmanagementsystems bereitgestellt wird.

Zur weiteren Finanzierung beschließt der Rat eine überplanmäßige investive Auszahlung in Höhe von 190.851,17 Euro im Teilfinanzplan 0405 – Kulturförderung, Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Der überplanmäßige Mehrbedarf wird durch investive Wenigerauszahlungen

- a) im Teilfinanzplan 0401 – Wissenschaftliche Museen und Archive, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 4518-0401-0-1000 – Erweiterungsbau KSM in Höhe von 20.000 €,
- b) im Teilfinanzplan 1201 – Verkehrsflächen und -anlagen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6607-1201-0-7060 – Generalinstandsetzung von RWPW in Höhe von 170.851,17 €

gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
0652/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses, in der Fassung, wie sie der Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beschlossen hat:

Der Rat beschließt, § 2 Benutzerkreis, Anmeldung, Benutzerausweis, Entgelte / Abs. 5 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Köln wie folgt zu ändern:

Folgender Satz entfällt:

Das Entgelt für eine Tageskarte zur Präsenznutzung der Stadtbibliothek ohne Ausleihberechtigung beträgt 1,50 EUR.

Folgender Satz ist der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek hinzu zu fügen:
Für die Präsenznutzung der Stadtbibliothek wird kein Entgelt erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.4 Haus der Kulturen der Welt
hier: Mittelfreigabe
1155/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Verwendung der im Teilplan 0405 – Kulturförderung, in der Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen für Überlegungen zu einem Haus der Kulturen der Welt veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 80.000 € zur Weiterentwicklung der Konzeption.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.5 Einsatz von Volontären/innen bei den Museen der Stadt Köln
0771/2009**

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion sich bedanke, dass die Verwaltung diese Idee aufgenommen habe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich dem an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt bei gleichzeitiger Freigabe der Haushaltsmittel die Durchführung des Pilotprojektes „Volontäre für öffentliche Museen“ auf der Basis des dieser Beschlussvorlage anliegenden Konzeptes.

Die Mittel in Höhe von 80.000 € stehen im Teilplan 0401 – Wissenschaftliche Museen und Archive in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) bereit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.6 Ankauf einer Steinskulptur für das Museum für Ostasiatische Kunst
1398/2009**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt den Ankauf einer chinesischen Steinskulptur eines Lokapalas zum Preis von 535.000 € vorbehaltlich der noch einzuwerbenden Drittmittel in Höhe von 235.000 €.
2. Der Finanzausschuss beschließt die erste Freigabe der Mittel in Höhe von 300.000 € im Teilfinanzplan 0401 – Wissenschaftliche Museen und Archive, Hj. 2009, Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.7 Kölnischer Kunstverein e. V.
hier: Abschluss einer Zielvereinbarung für 2009
1379/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt den Entwurf der Zielvereinbarung mit dem Kölnischen Kunstverein e. V. zur Kenntnis und beschließt gleichzeitig die Verwendung der im Teilplan 0405 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zur Erhöhung des Zuschusses an den Kölner Kunstverein veranschlagten zahlungswirksame Aufwandsermächtigung für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 50.000 € zur Umsetzung der in der Zielvereinbarung festgelegten Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Sonderausstellungen

**9.1 Sonderausstellung " Isa Genzken: Sesam, öffne dich" vom 15. August 2009 bis 15. November 2009 im Museum Ludwig
0645/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Sonderausstellung „Isa Genzken: Sesam, öffne dich“ in der Zeit vom 15. August 2009 – 15. November 2009 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.2 Sonderausstellung im Kölnischen Stadtmuseum "Zwiesprache"
1069/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Durchführung der Sonderausstellung „Zwiesprache“ im Kölnischen Stadtmuseum in der Zeit vom 13.06.2009 – 02.08.2009

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.3 Sonderausstellung "Sigmar Polke" vom 03. Juli 2009 bis 27. September 2009 im Museum Ludwig
1253/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Sonderausstellung „Sigmar Polke“ in der Zeit vom 03. Juli 2009 – 27. September 2009 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.4 Sonderausstellung "Sammlung Ludwig: Altamerika"

1380/2009

RM Blum schlägt vor, dass der Ausschuss darauf bestehe, dass das Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums bis März 2010 soweit fertig gestellt sei, dass die Sonderausstellung dort stattfinden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt, die Sonderausstellung „Sammlung Ludwig: Altamerika“ in der Zeit März 2010 bis Juli 2010 im Rautenstrauch-Joest-Museum durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.5 Sonderausstellung Afropolis:Stadt-Medien-Kunst 1312/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt, die Sonderausstellung Afropolis:Stadt-Medien-Kunst in der Zeit November 2010 bis März 2011 im Rautenstrauch-Joest-Museum durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Annahme von Schenkungen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Dokumentation der 2. Arbeitsmarktkonferenz Medien und Kultur 1298/2009

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

**12.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12. 2008
1522/2009**

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

**12.3 Projekte 2010
1371/2009**

Frau Brunn hält die Zusammenstellung der Mitteilung für merkwürdig und möchte nicht, dass der Etat für 2010 auf diese Weise schon verbraucht werde.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass es sich immerhin um einen Betrag von 2,1 Mio. EUR handele.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert hierzu, dass es eine Verabredung nach dem Scheitern der Bewerbung als Kulturhauptstadt gegeben habe, dass sich Köln in besonderer Weise im Jahr 2010 gegenüber dem Ruhrgebiet positionieren solle. Man habe im Kulturausschuss und im Kreis der kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen über dieses Thema gelegentlich diskutiert. Somit habe man den Auftrag mitgenommen und ein Konzept erarbeitet. Es handele sich hierbei um zusätzliche Projekte. Lediglich die Ausstellung im Museum Schnütgen sei dem Ausschuss bereits als Planungsbeschluss vorgelegt und verabschiedet worden. Glücklicherweise liege das 100-jährige Jubiläum des Hauses im Jahre 2010. Hierbei handele es sich um ein Projekt, mit dem man ungeheuerlich punkten könne, weil man mit der hohen kulturellen Blüte des Mittelalters in Köln ein Alleinstellungsmerkmal habe, bei dem das Ruhrgebiet aufgrund der geschichtlichen Gewachsenheit nicht gegenhalten könne. Er weist darauf hin, dass an die Ausschussmitglieder entsprechende Mappen verteilt worden seien, in denen das Ausstellungskonzept dargestellt sei.

Die in der vorliegenden Mitteilung dargestellten anderen Projekte verteilen sich auf die Bereiche Bildende Kunst, Musik und das Kinder- und Jugendtheater, die so noch nicht fertig geplant oder in Auftrag gegeben seien. Wenn die Projekte politisch nicht gewollt seien, müsse man dies auch nicht weiter verfolgen. Es handele sich seines Erachtens allerdings um verfolgungswerte Projekte mit denen man sich gegenüber dem breiten Veranstaltungsspektrum im Ruhrgebiet in Köln sehr gut positionieren könne. Natürlich müsse das noch in einzelnen Vorlagen vorgelegt werden, wenn man wisse, wie die Realisierung der Projekte konkret aussehe.

Er pflichtet Frau Brunn bei, dass dies eine gewisse Vorverpflichtung auf den Haushalt 2010 bedeute. Man habe im Haushalt 2010 in der mittelfristigen Finanzplanung den weiteren Aufwuchs des Kulturetats definiert. Dieser ist noch nicht beschlossen, aber man könnte die Projekte aus diesen Mitteln theoretisch in Angriff nehmen. Dies müsse jedoch politisch bewertet und entschieden werden.

RM Blum begrüßt, dass die Verwaltung die Zusammenstellung der geplanten Projekte für 2010 bereits herausgebe. Außerdem finde sie das Spektrum der Ideen ebenfalls gut. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass es nicht bei der Mitteilungsform bleiben könne, sondern hierzu ein Beschluss definiert werden müsse und zwar nicht erst dann, wenn die einzelnen Projekte zur Umsetzung anstehen.

Herr Dr. Wackerhagen begrüßt ebenfalls die Mitteilung und unterstreicht, dass sie genau dem entspreche, was man sich vorgenommen habe, nachdem man die Bewerbung zur Kulturhauptstadt verloren habe. Er hebt dabei den ersten Punkt, die Eröffnung des Neubaus, hervor.

RM Sörries kritisiert, dass jedes Mal zur Finanzierung von etwas Neuem der Etat aufgestockt werde oder man nehme Vorgriff auf einen Etat, den man nicht habe. In diesem Fall sei dies genauso. Er fragt, warum man nicht bereits zum letzten Haushalt eine Vorlage gemacht und die Mittel beantragt habe.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass dies geschehen sei und in den Haushaltsberatungen abgelehnt wurde.

RM Sörries führt weiter aus, dass es sich bei 2,1 Mio. EUR nicht um Peanuts handele. Damit könne man in der Freien Szene sehr viel bewirken. Auch in Projekten, die man zu diesem Termin hätte durchführen können. Er fragt sich, ob die Zusammenstellung richtig für Köln sei, wenn künstlich etwas in die Welt gesetzt werde, um 2010 als Veranstaltung ein paar Dinge laufen zu lassen, die nicht nachhaltig seien und viel Geld kosten.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper führt aus, dass er den inhaltlichen Zusammenhang der aufgeführten Projekte nicht sehe. Es gebe eine Fülle von Kulturinstitution wie z.B. Museen oder freie Theater. Warum nutze man nicht die Kraft dieser kompetenten kulturellen Einrichtungen, um ein vernünftiges Konzept zu entwickeln. Er möchte damit nicht zum Ausdruck bringen, dass es sich bei den Projekten nicht um eine gute Sache handele. Er empfiehlt dem Kulturausschuss, sich einmal das kulturpolitische Engagement der Kirchen anzusehen. Deren konzertante Veranstaltungen seien beispielhaft. Er fragt, warum man diese Kompetenzen nicht nutzen könne.

Bürgermeisterin Spizig kritisiert die Inanspruchnahme von 2 Mio. EUR aus der gewünschten Etaterhöhung von 7 Mio. EUR für eine kurzfristige und zeitlich begrenzte Aktion. Einige der vorgeschlagenen Projekte klingen sehr interessant, insbesondere das Kinder- und Jugendtheaterfestival, welches sicher sehr nachhaltig sei. Sie fragt, warum man nicht z.B. Künstler, die im öffentlichen Raum arbeiten, heranziehe. Man solle nutzen, was vorhanden sei und nicht Agenturen beauftragen, um Projekte nach Köln zu holen, die nicht nachhaltig seien. Sie schlägt vor, die Mitteilung als Anregung zur Kenntnis zu nehmen.

RM Dr. Bürgermeister stellt noch einmal dar, dass man sich im Jahr 2010 gegenüber der Kulturhauptstadt Essen positionieren möchte. Sie habe es so verstanden, dass man Themen, die in der Kulturhauptstadt vorgegeben worden seien, ergänze. Es spreche nichts dagegen, Projekte in den Mittelpunkt zu stellen, die nicht nachhaltig seien. Sie schlägt vor, die vorhandenen Strukturen dieser Stadt noch stärker in den Vordergrund rücken. Sie kritisiert, dass die Mitteilung kein wirkliches, nachvollziehbares Konzept habe.

RM Dr. Elster erklärt, dass mit der Eröffnung des Neubaus am Neumarkt und der Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstags des Museums Schnütgen ein Großteil des projektierten Geldes in zwei Maßnahmen fließe, die im Jahr 2010 stattfinden. Diese müssen entsprechend gewürdigt werden und deshalb sei dies zu befürworten. Er verstehe nicht, wie man das kritisieren könne.

RM Dr. Müser vertritt die Ansicht, dass die Verwaltung hier Angebote zusammengestellt habe, die der gesamten Bevölkerung und nicht nur der Kölner Hochkultur zuzugestehen könnten. Er weist darauf hin, dass die geschätzten Gesamtkosten niedriger seien, als der Betriebskostenzuschuss, den man an manche Museen zahle. Hier habe man ein ganzes Jahr Kultur für alle Bevölkerungsschichten und man zeige, dass Köln eine Metropole sei.

Beigeordneter Prof. Quander unterstreicht, dass man heute keinen Beschluss benötige, sondern eine Tendenz. Es sei bewusst nicht das ausgeschrieben worden, was ohnehin in der Stadt im Jahre 2010 an Kultur stattfinde. Man habe versucht, Dinge zusammenzutragen, die einerseits auf Stärken oder neue Initiativen aufbauen. So könne man das, was ohnehin geleistet werde, noch einmal verstärken und nach vorne bringen. Als Beispiel nennt er die Eröffnung des Kulturzentrums am Neumarkt und stellt dar, dass man hier eine spektakuläre Eröffnung für alle Kölner und Gäste plane. Ebenfalls stehe das neuerrichtete Museum Schnütgen, welches dazu noch sein 100 jähriges Jubiläum feiere, im Fokus der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, insbesondere wegen der neuen Ausstellungskonzeption. Er weist darauf hin, dass man mit dem Kinder- und Jugendtheaterfestival im nächsten Jahr mit viel öffentlichen Aufwand Akzente setze, die man dann noch verstärken könne.

Er erklärt weiter, dass man bewusst darauf verzichtet habe, sich das Programm von Essen 2010 anzusehen, sondern etwas entwickelt habe, was Köln-spezifisch sei. Dazu gehöre, neben den eben genannten, auch das Glockenkoncert der romanischen Kirchen oder die Rasenmäherzeichnung, wofür sich der Grüngürtel hervorragend eigne. Der gespiegelte Dom sei sehr spektakulär und werde viele Menschen anziehen. Dies seien alles Dinge, die bei freiem Eintritt allen Bürgern dieser Stadt zur Verfügung stehen.

Der Leiter des Kulturamtes Dr. Schmidt-Werthern fügt ergänzend hinzu, dass sich für die Verwaltung die Frage stelle, ob nun geplant werden könne. Der gespiegelte Dom ließe sich beispielsweise nicht kurzfristig umsetzen. Deshalb wäre eine Tendenz wünschenswert.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper schlägt vor, die Aktivitäten in einen Gesamtzusammenhang mit den Kulturinstituten, zu bringen, um deutlich zu machen, dass Köln anlässlich des Kulturhauptstadtfestivals etwas zu bieten habe. Vielleicht könne man mit so einem Konzept andere motivieren Ideen einzubringen. Man könne ebenso die Freien Theater animieren, oder andere Einrichtungen aus der freien Szene.

RM Sörries stellt abschließend klar, dass dem Rautenstrauch-Joest-Museum eine entsprechende Eröffnung zustehe und weist damit den Vorwurf der Kritik zurück.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

12.4 Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen der Stadt Köln 0681/2009

Herr von Rautenstrauch stellt dar, dass man über die Neustrukturierung des Museumsreferates bereits vor vier Jahren gesprochen habe und sie immer noch ausstehe. Er kritisiert die dargestellten Sonderregelungen des kameralen Haushalts, wo die neue Haushaltssystematik unter NKF nicht vorsehe, einen Überschusses aus Einsparungen oder Mehreinnahmen in eine Rücklage bzw. den Ausgleich eines Fehlbetrages oder die Finanzierung außergewöhnlicher Vorhaben durch Rücklagenentnahme zum Jahresende zu übertragen. Hierbei handele es sich um eine unerhörte Erschwerung und keinesfalls eine Erleichterung. Das Rechnungsprüfungsamt würde immer wieder mit dem Argument Korruptionsprävention Verbesserungen, Erleichterungen und Abläufe systematisch blockieren. Er meint, dass der Kulturausschuss dies nicht zulassen solle. Die Situation der Museen sei nach wie vor sehr unerfreulich. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Direktoren und Direktorinnen der Institute hin, in der es heißt, dass die erzielten Verbesserungen für nicht ausreichend gehalten werden.

Herr Deutsch fügt hinzu, dass diese Mitteilung gerade ein Argument sei, warum die Museen in eine noch größere Selbstständigkeit entlassen werden müssten. Er bedankt sich in diesem Sinne für die Stellungnahme.

Frau Brunn hat den Eindruck, dass ein Großteil der Erleichterungen, die der Rat für die Museen eingefordert habe, nach dieser Darstellung nicht erreicht worden seien. Sie bittet die Verwaltung, noch einmal die Forderungen des Rates gegenüberzustellen und darzustellen, was erreicht wurde und was nicht. Es müsse das, was gesetzlich möglich sei, auch für Köln erreicht werden. Sie bezieht sich hierbei auf die Aussage in der Mitteilung, dass gemäß Erlass des Innenministers NRW den Gemeinden die Durchführung von freihändigen Vergaben bis zur Höhe von netto 30.000 € erlaubt sei. Die Vergaberichtlinien der Stadt Köln sehen derart hohe Grenzen nicht vor. Wenn eine entsprechende Übersicht vorliege, könne die Debatte fortgesetzt werden.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes vertritt die Meinung, dass die Arbeitsbedingungen durch diese Papier nicht erleichtert worden seien, sondern es eher ein Vollzugsdefizit darstelle.

RM Sörries unterstreicht, dass er nicht gegen die Forderungen der Museen sei, sondern gegen Korruption. Wenn es dem Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud gestattet werde die freihändige Vorlagepflicht auf 10.000 EUR festzulegen, frage er sich, mit welcher Begründung dies bei den anderen Museen nicht möglich sei. Dies müsse dringend angeglichen werden und sei seines Erachtens Teil des Ratsbeschlusses. Die Kämmerei müsse aufgefordert werden einen Vorschlag zu machen, wie die einzelnen Museen ihre Gewinne aus Ausstellungen etc. in ihrem Budget behalten und sogenannte Rücklagen übertragen können.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper unterstützt die Aussage von Herrn Deutsch und macht deutlich, dass die Selbstständigkeit der Museen zwingend erforderlich sei.

Die Vertreterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Kürten weist darauf hin, dass in Kürze eine Vorlage für den Rechnungsprüfungsausschuss und den Ausschuss Kunst und Kultur erarbeitet werde, in der die Vorlagepflichten der Museen gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt thematisiert werden. Das Rechnungsprüfungsamt arbeite zum Schutz der Mitarbeiter. Die Vorfälle in der Vergangenheit im Bereich der Bodendenkmalpflege haben gezeigt, dass hinsichtlich der Dokumentation im Bereich der Bedarfsprüfung erhebliche Mängel bestanden. Diese Mängel könne man aufgreifen,

wenn das Rechnungsprüfungsamt frühzeitig in die Bedarfsprüfungen einbezogen werde. Darauf bestehe das Rechnungsprüfungsamt. Man habe den Schutz der Mitarbeiter im Auge, um sie vor unberechtigten Vorwürfen zu schützen.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper bedankt sich bei der Vertreterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Kürten für ihre Ausführung und betont, dass man auch mit dem Rechnungsprüfungsamt klären müsse, welche Autonomiebereiche für die Museen in Frage kämen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

12.5 Abweichungen von § 8 Nr. 1 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln und Mittelverwendung Musikfabrik 1383/2009

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

12.6 Aktuelle Aktivitäten und Pläne der StadtBibliothek Köln 1341/2009

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

12.7 Einrichtung einer Künstlerresidenz in Istanbul für Bildende Künstlerinnen und Künstler sowie Literaten 1666/2009

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage)

12.8 Mündliche Mitteilung der Verwaltung betreffend "Tanzhaus"

Beigeordneter Prof. Quander teilt mit, dass sich das Kulturamt in den letzten Wochen und Monaten um die genaue Definition des Anforderungsprofils gekümmert habe. Es wurden 16 verschiedene Objekte für die Unterbringung des Tanzhauses geprüft. Hierbei sei man auf eine Immobilie in der Schanzenstraße gestoßen, die in unmittelbarer Nähe des zukünftigen Interimsquartiers der Kölner Oper liege und somit eine gute verkehrstechnische Anbindung habe. Es sei auch mit der Freien Szene rückgekoppelt, dass dieser Standort akzeptiert werde. Hierbei handele sich um ehemalige Industriehallen, die der benötigten Größe und auch Raumhöhe, welche mindestens 6 m betragen müsse, entsprechen. Es gebe bereits erste Überlegungen für einen Ausbau und

Kalkulationen. Hier müsse die Verwaltung intern die effektivste und kostengünstigste Umsetzung prüfen. Die Miete betrage 14.300 EUR/mtl. und sei im Ansatz gedeckt. Über die Kosten des Ausbaus könne er noch keine Aussage treffen. Es müsse mit dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt noch diskutiert werden, wie man hier zu einem effektiven Mitteleinsatz kommen könne.

Er berichtet, dass man zunächst die Halle anmieten wolle, mit der Option eines Zehnjahresmietvertrages mit günstigen Konditionen, um in dieser Zeit die Halle zu sichern und um zu sehen, wie man an den Ausbau herangehen könne.

Er erwähnt, dass man parallel die Gespräche mit der Landesregierung bezüglich eines Landeszuschusses in Höhe von jährlich 300.000 EUR vorangetrieben habe. Die Immobilie erfülle die von der Landesregierung vorgegebenen Voraussetzungen, so dass man eigentlich eine gute Basis für eine entsprechende Beschlussvorlage habe, sobald die Ausbauforderung geklärt sei.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper hält es für sinnvoll, dass man sich das Tanzhaus in Düsseldorf einmal anschaut.

12.9 Mündliche Mitteilung der Verwaltung betreffend "Konjunkturprogramm II"

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Verwaltung hierzu eine Vorlage für die nächste Ratssitzung vorbereite. Hier sei man mit einem sehr bescheidenen Anteil, was die Kunst und Kultur angehe, vertreten. Dies habe mit den Regularien des Konjunkturprogramms II zu tun.

Für das Kulturdezernat habe er Maßnahmen zur Barrierefreiheit in den Museen von insgesamt 2,8 Mio. Euro angemeldet. Seine Auffassung, dass diese Maßnahmen förderfähig seien, gründe auf die Ausführungen von Herrn Minister Tiefensee an die Mitglieder der Bundestagfraktion von CDU/CSU und SPD. In den Fraktionen werde diese Auffassung jedoch kritisch gesehen. Gemäß den Ausführungen des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Herrn Garzer, können „Investitionen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen“ gefördert werden, jedoch betreffe dies nicht Museen. Daher konnte die Frage, ob Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Kölner Museen verwendet werden können, nicht abschließend beantwortet werden. Im Hinblick auf das rechtliche Risiko sei er aufgefordert, die angemeldeten Maßnahmen bis zur Ausschreibungsreife vorzubereiten. Dies habe er bereits veranlasst.

Es sei ihm wichtig auf den Umstand hinzuweisen, dass die Gesamtsumme der angemeldeten Maßnahmen von 2,8 Mio. EUR nicht in voller Höhe ausgezahlt werden können.

Er führt weiter aus, dass der Stadtvorstand entschieden habe, dass im Bereich des Investitionsschwerpunktes 2, Infrastruktur zunächst 75% der Fördermittel durch Maßnahmen gebunden werden. Je nach Entscheidung des Rates könne davon ausgegangen werden, dass zum Umbau der Museen demnach 75% von den 598.640 Euro ausgezahlt werden. Somit ergebe sich ein Betrag von 448.980 Euro.

13 Mündliche Anfragen

13.1 Römermauer an der Burgmauer

Herr Deutsch stellt dar, dass seit einigen Wochen ein Gerüst angebracht worden sei, weil offensichtlich durch Pflanzenbewuchs und Frost das Mauerwerk beschädigt worden sei. Er fragt nach dem Aufwand, um die Römermauer in einen Zustand zu versetzen, der diesem Denkmal würdig sei. Außerdem möchte er wissen, wer die Pflegeverantwortung für die Mauer habe.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass hierfür das Römisch-Germanische Museum zuständig sei und die Antwort in einer der nächsten Sitzung erfolge.

Vorsitzender Prof. Dr. Lemper schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper
Vorsitzender

gez. Uwe Freitag
Schriftführer